

OPPELN-BRONIKOWSKI, FRIEDRICH VON

Reichswirtschaftsrat und berufsständischer Gedanke

Dt. Verlagsges. für Politik und Geschichte
Berlin
1920

Oppeln-Broschurwerk: Reichswirtschaftsrat u. Berufsverbände. Gedruckt in
Augsburg



Fh

78223

Reichswirtschaftsrat und berufsständischer Gedanke

Von

Friedrich von Oppeln-Bronikowski



1 9 2 0

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Die Bücher der
Deutschen Verlagsgesellschaft
für Politik und Geschichte m. b. H.
in Berlin W 8 / Unter den Linden 17-18

1. Der Friedensvertrag

Die einzige dreisprachige Ausgabe der Welt
Die kleine Ausgabe mit authentischem deutschen Text
Die Karten des verkleinerten Deutschlands
Das große amtliche Sachregister mit 13 000 Stichworten

2. Die Geschichte der Friedensverhandlungen

„Materialien, betreffend die Waffenstillstands-
verhandlungen“
(Die Verhandlungen von Compiegne, Spa, Trier, Brüssel und Luxemburg
in 8 Bänden)
„Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen“
(Die Verhandlungen von Versailles in 13 Bänden)
Die „Dokumente“ des Grafen Brockdorff-Rantzau

3. Die Materialien zur Schuldfrage

Die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ in 4 Bänden
Die Dokumente zur früheren Vorgeschichte des Weltkrieges in 15 Bänden
Das deutsche Weißbuch zur Schuldfrage / Die Aufzeichnungen des Grafen
Pourtales / Kommentare und Polemiken zur Schuldfrage

4. Die Autorenbücher des Verlages

Graf Brockdorff-Rantzau / B. W. von Bülow / Hermann Burg / Hans
Delbrück / Ernst Drahm / Siegfried Dyck / Manfred Eimer / Albert Haas
Hans F. Helmolt / Herbert Kraus / M. Kronenberg / Joachim Kühn / Graf
Max Montgelas / Friedrich von Oppeln-Bronikowski / Traugott Konstantin
Oesterreich / Graf Pourtales / Paul M. Rühlmann / Johannes Tiedje / Hans
Wehberg

Die Isolierung Japans / Die Parteien und das Räteystem

5. Die Zeitschrift „DIE DEUTSCHE NATION“

Die Zeitschrift sachlicher und loyaler Politik

6. Die vorbereiteten Bücher

Werke von Lord Balfour, General Basil Blackett, Norman Angell, Eberhard
Buchner, Otto Lutz, Anneliese Schmidt, Bernhard Schwertfeger, Graf
Spiridon Gopcevic u. a.

Die jeweils gültigen Ladenpreise nennen die Buchhandlungen / Auf Wunsch
erteilt der Verlag selbst jede Auskunft / Ueber die einzelnen Gruppen der
Verlagserscheinungen stehen Sonderprospekte zur Verfügung

Reichswirtschaftsrat und berufsständischer Gedanke

Von

Friedrich von Oppeln-Bronikowski



Berlin 1920

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte
m. b. H.

1. Auflage

1. bis 5. Tausend

Alle Rechte, besonders das der Uebersetzung, vorbehalten
Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Uebereinkunft
Amerikanisches Copyright 1920 by Deutsche Verlagsgesellschaft
für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8

Buchdruckerei der Landesaufnahme in Berlin S 59



Vorbemerkung

Diese Abhandlung wurde in großen Zügen am 4. Juni 1920 auf der 3. Reichsbürgerratstagung in Leipzig vorgetragen. Auf allgemeinen Wunsch der Versammlung gebe ich sie hiermit in Druck. Da die berufsständische Volksvertretung, eine der brennendsten Fragen der Gegenwart, durch den Zusammentritt des „vorläufigen Reichswirtschaftsrats“ in den Vordergrund des Interesses gerückt ist, dürfte sie auch für weitere Kreise von Belang sein. Auf der Reichsbürgerratstagung war ich in der Zeit beschränkt, konnte meine Gedanken daher nicht so entwickeln, wie ich es selbst gewünscht hätte. Die gebotene Kürze der Darstellung gab Anlaß zu Mißdeutungen, die von einer kleinen, übrigens rein negativen Opposition ausgenutzt wurden. Diese Broschüre gibt mir nun die erwünschte Gelegenheit, das Problem etwas ausführlicher zu behandeln und die Lücken des Vortrages zu schließen.

F. v. D.-Br.

In den blutigen Märztagen des Jahres 1919, auf der 2. Reichsbürgerratsstagung in Berlin, sprach der Vizepräsident Dr. Meyer-Absberg (München) die pro-grammatischen Worte:

„Wer dem Rätegedanken gerecht werden und positive politische Arbeit leisten will, muß sich von zwei Extremen fern halten: dem veralteten, durch die Entwicklung der Gegenwart ad absurdum geführten Dogma, daß die Demokratie nur in einem, auf gleichem allgemeinen Wahlrecht beruhenden, in Parteien zerspaltenen Parlament existieren könne, und dem neuen Aberglauben, daß ein Räteystem identisch mit der Diktatur des Proletariats, dem Bolschewismus und Kommunismus sei. Vielmehr liegt dem Rätegedanken die gesunde Erkenntnis zugrunde, daß ein Kollegium von Sach- und Fachkundigen aller Wirtschaftsgruppen in allen Wirtschaftsfragen — Gesetzgebung, Sozialisierung, Handelsverträge — arbeitsfähiger sein und die Auswahl der besten Köpfe des Volkes mehr erleichtern wird, als ein aus Parteiinteressen und Kirchturmspolitik herausgewachsenes Parlament. Auf den Ständen beruht der Staat, darum sollen auch die Stände zu Worte kommen.“

Zwischen zwei weltumstürzenden Revolutionen, der französischen von 1789, die uns die Formaldemokratie gebracht hat, und der russischen von 1917, die uns das Räteystem aufzuzwingen droht, steht Deutschland, das „Land der Mitte“, schwankend und zerklüftet, als geistiges Schlachtfeld westlicher und östlicher Staatsgedanken, wie es in kurzem das Schlachtfeld westlicher und östlicher Heere werden kann. Und doch kann es eine Synthese zwischen Ost und West in seinem eigenen Staatsgedanken finden — der berufsständischen Volksvertretung.

Drei Dinge sind es vor allem, die das Wirtschaftsparlament, die Kammer der Arbeit, oder wie man es nennen will, zur Forderung des Tages machen: Erstens das gewaltige Wachstum der wirtschaftlichen und berufsständischen Organisationen seit der Industrialisierung Deutschlands, also seit etwa zwei Menschenaltern. Zweitens die schlimmen Erfahrungen, die wir seit der Kriegszeit mit dem dilettantischen, bureaukratischen Staatssozialismus und seit der Revolution mit der dilettantischen, parteipolitischen Lösung aller Wirtschaftsfragen durch politische Parlamentsmehrheiten gemacht haben. Drittens die furchtbare wirtschaftliche Not, in die uns der verlorene Krieg und seine Folge, die Revolution, versetzt haben. Lassen Sie mich auf alle drei kurz eingehen.

„Das deutsche Genossenschaftsleben“, sagt Herr Liburtius vom Reichsarbeitsministerium, „hat sich von jeher auf reicher Gruppenbildung aus der Tiefe und Breite erhoben. Nur führte das genossenschaftliche Wachstum bislang nicht hinauf zu m e t a t e , sondern es blieb bei Verbänden und Kommunen stecken.“ Die Folge

war, anstatt staatlicher Konzentration, die Vergeudung und Verzettlung gewaltiger aufbauender Kräfte, das Brachliegen wertvollster Erfahrungen, ja, der selbstmörderische wirtschaftliche Interessenkampf von Gruppe gegen Gruppe. Bedenkt man, daß schon im alten Reichstage die Mitglieder geistiger Berufe (Rechtsanwälte, Redakteure) nebst Parteisekretären und Berufspolitikern überwogen, während die Vertreter der Finanz, der Industrie, des Handwerks spärlich vertreten waren und nur die Landwirtschaft eine größere Zahl von Berufsvertretern stellte, so wird man sich nicht wundern, daß alle Wirtschafts- und Lebensfragen der Nation mehr vom parteipolitischen als vom sachlichen und fachmännischen Standpunkt gelöst wurden. Nur auf dem Umweg über die Nichtfachmänner konnten die Berufsstände ihre Interessen vertreten, und die Entscheidung darüber fiel aus parteipolitischen Gesichtspunkten. Gewöhnlich vollzog sich dies Geschäft auf dem Wege des Kuhhandels. Die Parteien verlangten von den Wirtschaftsverbänden Geld, und diese forderten dafür Mandate oder die Vertretung bestimmter Interessen. Daneben traten auch einzelne Unternehmer an einzelne Abgeordnete heran, um sie für die Vertretung ihrer Sonderinteressen zu gewinnen. Der Erzbergerprozeß hat dies an einem klassischen Beispiel gezeigt. Das ist keine Anklage gegen eine Person, sondern gegen das System, gegen die Verquickung politischer und wirtschaftlicher Fragen, gegen die Politisierung der Wirtschaft. Am engsten und besten organisiert war zweifellos die Verbindung zwischen den sozialdemokratischen Parteien und ihren berufsständischen Gewerkschaften. Diese bildeten geradezu die Rekrutenschulen ihrer Partei und waren daher auch am stärksten klassenpolitisch versucht.

Als die Parlamente entstanden, hatten die Wirtschaftsfragen noch nicht die entscheidende Bedeutung von heute. Die Abgeordneten konnten noch als Vertreter des ganzen Volkes gelten, ihre Entschlüsse nach allgemeinen politischen Gesichtspunkten fassen. Heutzutage sind sie nur noch Vertreter bestimmter Wirtschafts- und Berufsgruppen, aber politisch gebunden und zu sachlichen Entscheidungen unfähig. Weil die Sozialdemokratie auf dem Weg über die Zwangswirtschaft, die sie selbst angeraten hatte, zum Staatssozialismus zu kommen hoffte, sperrte sie sich gegen deren Abbau, obwohl die Kriegsverhältnisse, die sie nötig gemacht haben, vorüber sind und ihre ungeheuren Schäden zutage liegen. Weil unsere Demokratie (im Gegensatz zur französischen) an dem Dogma von der Unsittlichkeit der indirekten Steuern festhält, nahm sie die wirtschaftsmordenden Erzbergerschen Steuerpläne an, obwohl sie selbst dadurch wirtschaftlich ruiniert wird. Und die Sozialdemokratie aller Schattierungen trat so eifrig für den „Kalten Bolschewismus“ dieser Steuergesetze ein, weil die „Expropriation der Expropriateure“ zu ihrem politischen Glaubensbekenntnis gehört. So wird die Wirtschaft dem Parteiinteresse ausgeliefert, die Partei an Wirtschaftsfragen gebunden, die ihre politischen Ideale trüben und teils korrumpieren. Am schlimmsten aber ergeht es den Parteien, die, wie das Zentrum, Angehörige der verschiedensten Wirtschaftsgruppen unter ihrer Fahne versammeln. Da sie nicht allen zugleich gerecht werden können, müssen sie aus politischen Gründen die eine oder andere bevorzugen und werden so von inneren Krisen und Absplitterungen bedroht. Erst kürzlich hat die neue „Christliche Volkspartei“ den Trennungsfriede zwischen sich und dem Zentrum gezogen, weil sie dessen einseitige Arbeiterpolitik nicht mitmachen will.

Im alten Regime war das Übel der Politisierung der Wirtschaft noch nicht so groß. Wir hatten eine starke Zentralgewalt über den Parteien, eine gute unbestechliche Verwaltung und Fachmänner als Minister. Man nahm sie zwar vorwiegend aus der Verwaltung, aber sie kannten ihr Fach doch von der Pike an. Wie steht es nun jetzt? Das parlamentarische System erhebt Parteimänner zu Ministern, und zwar nur aus den Mehrheitsparteien und nur nach dem Schlüssel des Stärkeverhältnisses. Es gibt ihnen ein Amt, heute dies, morgen jenes, und damit den Verstand — oder auch nicht. Eine Leuchte der Wirtschaft, die nicht zur Mehrheit gehört, wird ausgeschlossen, als ob wir die Genies zu Dugenden hätten. Selbst innerhalb der Mehrheit werden Begabungen zurückgestoßen, wenn sie irgendwie im Geruch „reaktionärer“ Herkunft stehen. Ich erinnere nur an den Fall Cuno. „Freie Bahn dem Gesinnungstüchtigen“! Das ist der Grundsatz bei der Besetzung leitender Ämter. Mag die Wirtschaft darüber zum Teufel gehen! Der ganze Staat wird parteipolitisch regiert; er ist verfassungsrechtlich auf der gegenseitigen Zerkleinerung der Parteien aufgebaut. Ebenso tobt der wirtschaftliche Interessenkampf aller gegen alle wilder denn je. Wirtschaftliche Kiesenverbände und Einrichtungen, wie die Gewerkschaften und Betriebsräte, sollen nach dem Willen der Radikalen politisiert und zu Klassenkampfinstrumenten gemacht werden. Rücksichtslose Parteiherrschaft, Anarchie und Zerkleinerung — und das alles unter der Flagge demokratischer Freiheit! Eins steht fest, wir versinken im Sumpf, wenn die deutsche Wirtschaft sich nicht selber hilft, wenn all die schaffenden, aufbauenden Kräfte dem Staat fernbleiben und sich zersplittern oder sich gegeneinander wenden, wenn politische Doktrinen und wirtschaftliche Dilettanten über Lebensfragen unseres Volkes souverän entscheiden, wenn Zwangswirtschaft und einseitige Konsumentenpolitik unsere Wirtschaft fesseln und die Produktion lähmen. Man denke nur daran, was die Heere von Hilfs- und Ersatzbeamten der Kriegsgesellschaften geleistet und nicht geleistet haben, und was dies bureaukratische Ungeheuer gekostet hat. Man denke an die wirtschaftsmordenden Steuergesetze, an die wirtschaftsfeindliche Post- und Zensurverordnung, die eine indirekte Steuer in Verbindung mit einer Zwangsanleihe ist und zu deren Beratung sich ganze 30 Abgeordnete eingefunden hatten. Man denke an die Schraube ohne Ende der Lohnerhöhungen, die die Betriebe schließlich lahmlegt und sich so selbst ad absurdum führt, an unsere bankrotteurhafte Finanzpolitik, die ohne Deckung drauflos wirtschaftet und deren einzige Rettung die Notenpresse ist. Lauter blutiger Parteidilettantismus, der mit leichtem Herzen und plumper Hand in alles hineingreift und die Ratschläge und Warnungen der Fachmänner überhört. Nein, wir brauchen die Sachleute, brauchen eine Körperschaft, die ohne Rücksicht auf Volksstimmung und Beifall die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sachlich entscheidet. Wir brauchen sie um so mehr, als die heutige Notlage die Wirtschaftsfragen noch mehr als früher zu Daseins- und Schicksalsfragen macht und jeder wirtschaftliche Fehler, jedes Experiment zwangsläufig zur Katastrophe führt. Die einzige Rettung liegt in einer Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte, in einer berufsständischen Volksvertretung. Ohne sie wird Deutschland zugrunde gehen.

Der berufsständische Gedanke ist freilich älter als die Not des Tages. Ein kurzer Rückblick ist daher am Platze. Wer wie ich ein Vertreter der organischen Staatsauffassung ist, — und das heißt im Grunde konservativ —, der ruht das Erbe der Vergangenheit zur Gestaltung der Zukunft, der greift auf die Kräfte des Volkes zurück, der *l e r n t* Geschichte, um Geschichte zu *m a c h e n*. Der berufsständische und genossenschaftliche Gedanke ist altgermanisches Erbgut. Etwas, das einem Volke so tief eingesenkt ist, geht nicht wieder verloren. Es gehört zu seinem Wesen; es bricht immer wieder vulkanisch durch alle geschichtlichen Krusten hindurch. Man denke nur an die gewaltigen ständischen und genossenschaftlichen Bildungen des Mittelalters, an die Hanse (deren Gedanke im Hansabunde wieder auflebte), an die Gilden und Zünfte, die Stände in Stadt und Land*). Sie hatten nur den einen schweren organischen Mangel, daß der zahlreichste und darum wichtigste Stand, der Bauernstand, fast nirgends eine Vertretung fand und im Laufe der späteren Entwicklung in immer drückendere Hörigkeit herabsank. Davon abgesehen, beruhte das öffentliche Leben auf den Ständen und Genossenschaften. Sogar in dem Maße, daß diese den Staatsgedanken schließlich überwucherten, so daß die Staatseinheit und die Macht der Zentralgewalt (Kaisertum) darüber verloren ging. Bekanntlich schlug der fürstliche Absolutismus des 16. bis 18. Jahrhunderts, der von Italien aus die Runde über Europa machte, den gelockerten Feudalstaat in Stücke und brach die Macht der Stände. Nur in England, den Niederlanden und der nordgermanischen Welt setzte er sich nicht durch. Die ständische Gliederung wurde freilich auch in Deutschland nicht ganz beseitigt; selbst die stärksten Autokraten unter den preussischen Herrschern, der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große, schränkten die Stände nur ein und unterwarfen sie der Allmacht des Staates. In der baltischen Welt haben sie bis 1917 ihr Dasein gefristet.

Der Absolutismus entstand in Deutschland im Gegensatz zur Kaisermacht, die allmählich bis zum Schemen verblaßte. Er entwickelte sich aus den Territorialstaaten, den alten Reichsständen, und führte zur völligen Auflösung der Reichseinheit (Westfälischer Friede). Für seine Zeit war er zweifellos notwendig, ja für Deutschland die einzige Rettung aus den katastrophalen Folgen des Dreißigjährigen Krieges, die einzige Möglichkeit zum Wiederaufbau. Er bereitete ein modernes staatliches Denken vor und gab Preußen die staatsbildende Macht, die das neue Reich schaffen sollte. Er erzog

*) Vgl. die Schrift „Der germanische Staatsgedanke“ des bekannten Staatsrechtslehrers Otto v. Gierke, Berlin, 1919. — Der demagogische Einwand, die Vertreter des berufsständischen Gedankens wollten die alten, längst überlebten *Z ü n f t e* wiederherstellen, die zu ihrer Zeit wohl gut und nötig waren, im Lauf der neueren Entwicklung aber als wirtschaftliche Fessel abgestreift wurden, bedarf für jeden, der auch nur eine Ahnung vom Wesen moderner Berufsverbände hat, kaum der Widerlegung. Die Zünfte waren geschlossene Körperschaften, die jeden Zuwachs, jede Freizügigkeit beschränkten oder verhinderten. Das Mitglied eines modernen Berufsverbandes dagegen ist freizügig und wird überall und jederzeit von ihm aufgenommen, sonst würde sich dieser ja selbst schädigen. Nur ein *F o r m a l* demokrat kann auf den Gedanken kommen, die Anhänger des berufsständischen Gedankens wollten mittelalterliche *F o r m e n* wiederherstellen, wo es sich doch nur darum handeln kann, dem alten deutschen Genossenschafts *p r i n z i p* neue, zeitgemäße Formen zu geben und den alten Genossenschafts *g e i s t* neu zu beleben!

das Volk zur Ordnung, Ehrlichkeit, Pflichttreue, und er hat sich dadurch unsterbliche Verdienste erworben. Aber er unterdrückte zugleich den Gemeinfinn, die freie, verantwortliche Mitarbeit des Bürgers am Staat und damit die Liebe und Teilnahme am öffentlichen Leben. Er war für Deutschland ein fremdes Gewächs und ein bloßes Durchgangsstadium.

In Preußen brach der Absolutismus 1806 zusammen. Das erste, was der große Erneuerer des Staates, der Freiherr v o m S t e i n, tat, war, daß er den Gedanken der Ständevertretung und Selbstverwaltung, kurz, das altdeutsche Genossenschaftsprinzip, neu belebte. Seine erste Tat war die Bauernbefreiung, die Friedrich Wilhelm I. ein Jahrhundert vor ihm (1719) auf den Staatsdomänen begonnen hatte. Die zweite war die Städteordnung, d. h. die Selbstverwaltung der Kommunen. Obwohl von engherzigen Reaktionären als „Jakobiner“ verschrien, war Stein ein bewußter Antipode der französischen Revolution, die alle Stände vernichtete, alle Bindungen zerstörte und damit letzten Endes nur das Werk des fürstlichen Absolutismus vollendete, den sie doch selbst gestürzt hatte! Insofern war sie nur die jüngere Schwester und Erbin des Absolutismus: der absolute Staat, den sie aufrichtete, stand den völlig losgelösten, theoretisch gleichen Individuen ebenso unumschränkt gegenüber, wie der absolutistische Polizeistaat seinen Untertanen. Stein dagegen suchte das erstarrte politische Leben durch eine neue organische Gliederung des Volkes zu erneuern. Die von ihm geschaffene Selbstverwaltung der Stadt- und Landgemeinden geht noch heute über das Maß dessen hinaus, was in den Formaldemokratien des Westens Brauch ist. Auf der Gemeinde, der Urzelle seines Staates, baute er mit erweitertem Rechts- und Pflichtenkreis die Kreis- und Provinzialverwaltung auf. Erst nachdem das Volk durch diese Schule gegangen war, schien es ihm reif für eine Volksvertretung im großen, einen Gesamtlandtag, den er schon 1808 als Abschluß der Verfassung ins Auge faßte. Aber diese Volksvertretung war keine Kopie der französischen oder englischen, sondern eine berufsständische. In ihr sollten alle damaligen Stände, Großgrundbesitz, Bürgertum und bäuerlicher Kleinbesitz, vertreten sein. Sie war demgemäß dreiteilig. Sie sollte nicht etwa nur eine beratende Stimme oder ein mageres Budgetrecht haben, sondern die öffentliche Tätigkeit mit den Staatsbehörden t e i l e n, so daß beide Teile mit festumschriebenen Rechten z u s a m m e n w i r k t e n *). Bekanntlich wurde Steins geniales Werk durch Napoleons Machtspruch jääh unterbrochen und nach dessen Sturz nicht in Steins Geist vollendet. Er erlebte nun noch die Einrichtung berufsständischer Kammern in verschiedenen deutschen Staaten, zu denen er selbst Anregungen gab, und ebenso die Berufung von Provinzialständen in der preussischen Monarchie. (Er selbst wurde Landmarschall des westfälischen Landtages.) Aber alle seine Mahnungen und Ratschläge zur Berufung von „Reichsständen“ (Gesamtlandtag) blieben umsonst. Der König löste sein in der Not gegebenes Versprechen nicht ein, und Preußen wurde um die Frucht der Befreiungskriege gebracht. Die Heilige Allianz, in der Theorie so germanisch und mittelalterlich, brachte es in der Praxis nur zu einer Erneuerung des absolutistischen Polizeistaates des 18. Jahrhunderts, ja zu einer noch schärferen

*) Vgl. G. H. Perz, „Denkschriften des Ministers Frhr. vom Stein“, Berlin 1848

bureaukratischen Zentralisierung des Staatsapparats, der auch die bisherigen provinziellen Verschiedenheiten zum Opfer fielen.

Als im Jahre 1840 Friedrich Wilhelm IV. in Preußen den Thron bestieg, verlangte die öffentliche Meinung immer lauter und unwilliger die Einlösung des von seinem Vater gegebenen Versprechens einer Gesamtverfassung. Auch er zauderte noch — aus Furcht vor den revolutionären Mächten, die doch gerade dadurch am besten beschworen worden wären. Endlich, 1846, berief er einen berufsständischen „Reichstag“ im Sinne Steins, der im folgenden Jahre zusammentrat*). Der gekrönte Romantiker flichte in diese Volksvertretung freilich eine ganz unpopuläre getrennte „Herrenkurie“ ein, um ein Zweikammersystem und ein Gegengewicht gegen die Volksvertretung zu schaffen, — und es fehlte jede Vertretung der Arbeiterschaft, die sich damals als Stand schon deutlich abhob und deren Interessenvertretung nun dem Bürgertum mit zufiel, obwohl beider Interessen sich schon zu scheiden begannen. Immerhin hätten diese Mängel sich beseitigen, die ganze Einrichtung sich mit der fortschreitenden Berufsentwicklung differenzieren lassen. Da legte die Revolution von 1848 die kaum begonnene Schöpfung hinweg. Wie sie von Frankreich ihren Anstoß erhielt, schloß sie sich auch ganz dem anglo-französischen Vorbild der politischen Parlamente an, sogar in dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. Erst als die Nationalversammlung ins radikale Fahrwasser geriet, „oktroiierte“ der König das kapitalistische Dreiklassenwahlrecht und setzte neben das Abgeordnetenhaus das verkrüppelte Überbleibsel des berufsständischen Landtages, das Herrenhaus, in dem die alte „Herrenkurie“ wieder auflebte. Aus dem Kompromiß zwischen dem westlichen Parlamentarismus und dem straff zentralisierten Absolutismus ging also die dauernde Konstitution Preußens, aus der ähnlichen Verfassung der Paulskirche die Bismarcksche Reichsverfassung hervor, bis schließlich die Revolution von 1918 auch diese Staatsform zerbrach, die Dynastien verjagte und den westlichen Parlamentarismus zum parlamentarischen System weiterbildete.

Ich bin auf diese Einzelheiten eingegangen, nicht um Geschichte zu dozieren, sondern um etwas wenig Bekanntes hervorzuheben: daß Preußen 1847 auf dem besten Wege zu einer berufsständischen Volksvertretung war und daß das Jahr 1848 sie unter einer fremdländischen Verfassung begrub. Wären wir damals auf unserem deutschen Wege weitergegangen — es sähe heute in unserem Vaterlande manches anders aus, und der Kampf um die berufsständische Volksvertretung wäre heute nicht so schwer. Immerhin, wir können da wieder anknüpfen, wo die Entwicklung 1848 jäh abriß. Ja, dies geschichtliche Vorspiel erhöht die Stoßkraft des berufsständischen Gedankens. Es ist eine Bürgschaft mehr, daß sie eine Zukunft haben wird, weil sie eine Vergangenheit gehabt hat. Der älteren Generation wird es noch bekannt sein, daß Bismarck 1880 auf den alten Steinschen Gedanken zurückgriff. In den Zoll- und Wirtschaftskämpfen mit den Parlamenten hatte er bereits in den siebziger Jahren die Erfahrung machen müssen, die wir heute bei dem parlamentarischen System und der immer zunehmenden Bedeutung der Wirtschaftsfragen erst recht machen: daß auf alle wirtschaftlichen Fragen

*) Vgl. Leopold v. Ranke „Friedrich der Große, Friedrich Wilhelm IV“, Leipzig 1878, S. 99 ff. (Separatabdruck aus der „Allgem. deutschen Biographie“).

der Parteistempel gedrückt wurde, statt daß man sie sachmännisch löste. So kam er auf den Gedanken, sachmännische Einsicht zu größerem Einfluß zu verhelfen, als dies in den politischen Parlamenten möglich war. Der 1880 berufene preußische Volkswirtschaftsrat, der 75 Vertreter aller Berufsstände umfaßte, trat 1881 zusammen. In seiner Eröffnungsrede am 27. Januar 1881 sprach Bismarck programmatische Worte, die heute überaus zeitgemäß klingen. Er nannte ihn „eine Einrichtung, welche die Garantie bietet, daß diejenigen unserer Mitbürger, auf welche die wirtschaftliche Gesetzgebung in erster Linie zu wirken bestimmt ist, über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der zu erlassenden Gesetze gehört werden. . . Es fehlte bisher an einer Stelle, wo die einschlagenden Gesetzesvorlagen einer Kritik durch Sachverständige unterzogen werden konnten. Sie, meine Herren, werden uns die Sachkunde aus dem praktischen Leben entgegenbringen. Sie sind berufen, ein einheitliches Zentralorgan zu bilden, welches durch ausgleichendes Zusammenwirken die gemeinsamen und besonderen Interessen von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft wahrzunehmen hat. Es ist nicht Zufall, sondern Folge Ihrer an den heimatischen Herd gebundenen Tätigkeit, daß die Vertreter der Landwirtschaft, und noch mehr die von Handel und Gewerbe, nicht in gleichem Maße als die gelehrten Berufsstände an der parlamentarischen Tätigkeit teilnehmen können und daher in derselben in der Regel als Minderheit erscheinen, ob schon sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden. . . Es erscheint daher als ein Bedürfnis, nicht nur für die Regierungen, sondern für die Parlamente selbst, daß auch diejenigen an geeigneter Stelle zu Worte kommen, welche die Wirkung der Gesetze am meisten zu spüren haben.“

Bismarck war sich klar, daß auch hier „der richtige Weg im Vorgehen zu suchen“ sei, d. h. im beherzten Versuch, und daß aus der praktischen Erfahrung heraus die endgültige Form erst zu finden sei. Da die wirtschaftliche Gesetzgebung in der Hauptsache dem Reiche zustand, faßte er zugleich die Bildung eines Reichswirtschaftsrats ins Auge. Der preußische Volkswirtschaftsrat sollte keine „partikularistische Institution“ sein, sondern „der kürzeste Weg, um zu einer entsprechenden Reichsinstitution zu kommen“.

Aber Bismarck hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die politischen Parlamente dachten gar nicht daran, in einer auch nur beratenden wirtschaftlichen Körperschaft ein „Bedürfnis“ zu sehen. Sie sahen in ihr vielmehr nur einen Konkurrenten, eine Bedrohung ihrer Allmacht. Ebenso kurzsichtig und selbstsüchtig wie der Absolutismus sich gegen ein berufsständisches Parlament gestraubt hatte, sträubten sie sich jetzt gegen den weit einflußloseren Wirtschaftsrat. Die Opposition brandmarkte ihn als „verfassungswidrig“, und der Reichstag lehnte die Übertragung der Einrichtung auf das Reich mit Zweidrittelmehrheit ab. Der preußische Volkswirtschaftsrat sollte nur noch zweimal zusammentreten. Bismarck ließ seinen genialen Gedanken notgedrungen fallen: er erkannte, daß die damaligen Berufsverbände noch keine den Parteien ebenbürtige Macht waren. Erst heute, nach einer wirtschaftlichen Entwicklung ohne gleichen, bilden sie den tragfähigen Unterbau der berufsständischen Volksvertretung. In anderen Bundesstaaten war man freilich klüger gewesen als in Preußen. Das berufsständische

Wahlrecht bestand bis zur Revolution in Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Weimar, Hamburg und Bremen. Die sächsische Regierung machte zweimal, 1903 und 1907, den Versuch, wenigstens ein gemischtes berufsständisches Wahlrecht einzuführen*).

Bekanntlich griff die preußische Wahlrechtsvorlage von 1917/18 wieder auf den Steinschen und Bismarckschen Gedanken zurück, oder besser, sie ging über den Bismarckschen Plan eines bloßen Wirtschaftsrats hinaus und näherte sich dem Steinschen Gedanken, indem sie den berufsständischen Ausbau des Herrenhauses vorschlug und zugleich der öffentlichen Meinung die Konzession des gleichen und geheimen Wahlrechts für das politische Abgeordnetenhaus machte. Hatte das politische Parlament sich doch einmal eingebürgert und war ohne schwere Erschütterungen — besonders im Kriege — nicht aus der Welt zu schaffen. Damit war der Weg zur organischen Weiterbildung der Verfassung gewiesen, ein brauchbares Kompromiß zwischen westlichem Parlamentarismus und deutscher Staatsidee geschaffen. Aber die Geschichte des berufsständischen Gedankens in Deutschland ist eine Geschichte der verpaßten Gelegenheiten. Die Konservativen, die von dem gleichen Wahlrecht in Preußen — mit Recht — eine gewaltige Radikalisierung des Parlaments befürchteten, lehnten dieses mit der gesamten Rechtsmehrheit ab und suchten ihrerseits das Abgeordnetenhaus wenigstens teilweise zum Berufsparlament (gemischtes System) umzugestalten. Eine weitsehendere Rechte hätte die Konzession des gleichen Wahlrechts, das ja doch auf dem Marsche war, gemacht und dafür im berufsständischen Herrenhaus die nötigen Gegengewichte eingeschaltet. Sie hätte sich damit selbst populär gemacht und den Staat vor einer schweren Krise bewahrt, die schließlich dahin führte, was sie gerade vermeiden wollte, nämlich zur Revolution. Parteigeist siegte — genau wie bei Bismarcks Volkswirtschaftsrat — wieder einmal über das Gesamtwohl. Und als man im Herbst 1918 auf die Vorlage zurückkam, war es — genau wie 1847 — zu spät. Die Revolution schwemnte das werdende Berufsparlament hinweg! Die Nichtpreußen, die diese Ausführungen lesen, wollen entschuldigen, daß ich so genau auf diese preußische Verfassungsfrage eingehe. Sie wurde aber allgemein als eine deutsche Frage empfunden, und durch ihre Lösung hätte Preußen das Vorbild für ganz Deutschland geben können. Sie ist deshalb auch für die Zukunft des deutschen Berufsparlaments von grundlegender Bedeutung.

*

Der berufsständische Gedanke hat zwischen all diesen öffentlichen Totgeburten seit 1808 nicht geschlafen. Das ganze 19. Jahrhundert zeigt ein instinktives Suchen nach neuen Bindungen und Gemeinschaften, die die gestaltlose politische Masse formen, ihr Halt nach innen und Gewicht nach außen geben sollten. Besonders in Deutschland mit seinem eingeborenen, altvererbten Genossenschaftsgeist hat der Widerspruch gegen

*) Bericht der 23. Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses, betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, Drucksache Nr. 879A. (Preußische Wahlrechtsvorlage 1917/18), S. 25f. Von großem Wert ist auch die „Begründung“ der Regierungsvorlage, betreffend den berufsständischen Ausbau des Herrenhauses, Drucksache Nr. 698, S. 27 ff. Es ist sehr schade, daß dies wertvolle Material nicht in Buchform veröffentlicht wird, sondern in Kanzleien begraben liegt.

die atomistische liberale Staatsauffassung nie geschwiegen, von Schlegel, Bader, W. Müller und Franke bis zu Lagarde. Mag diese Reihe auch etwas bunt aussehen; alle verknüpft die Abneigung gegen alles Gemachte, gegen die „papierernen Konstitutionen“ (Stein), und die Liebe zu dem, was bodenständig gewachsen ist*). Eine kleine Liste für spätere Zeitabschnitte findet sich in den „Ergebnissen der ersten Lesung“ der preussischen Wahlrechtsvorlage von 1917/18**). Danach erklärte Windthorst 1873 im Reichstag: „Ich persönlich nehme keinen Anstand zu sagen: wenn es möglich wäre, ein altdeutsches ständisches Wahlrecht zu haben, so wäre dies das beste.“ Ebenso wird dort auf die Zentrumsführer Mallinckrodt und Feiler v. Loeb u. a. m. bezug genommen, ebenso auf den berühmten württembergischen Staatsrechtslehrer Robert v. Mohl (1799—1875), der, obwohl durchaus liberal, in seinem „Staatsrecht“ das berufsständische Wahlrecht, und zwar nicht nach der Kopfszahl, sondern auf Grund örtlicher Bezirke empfohlen habe. Auch der württembergische Nationalökonom Albert Schäffle (1831—1913) urteilte ähnlich: das allgemeine gleiche Wahlrecht sei veraltet und müsse durch ein berufsständisches Wahlrecht überholt werden. Schließlich empfahl Dr. Erich Leo in einer 1907 erschienenen Broschüre gleichfalls das Wahlrecht nach Berufsständen.

Vergessen sind hier nur die größten Namen, offenbar, weil sie parteipolitisch nicht abgestempelt sind: zwei einsame Denker auf der Hochwarte des Geistes, der berühmte preussische Philosoph des Unbewußten, Eduard v. Hartmann und — bezeichnenderweise wieder ein Schwabe und Landsmann des preussischen Staatsphilosophen Hegel: Christian Pland (1819—1880). Hartmann setzte sich in seiner Broschüre „Die politischen Aufgaben und Zustände des Deutschen Reiches“ (1881)***) energisch für den Bismarckschen Reichswirtschaftsrat ein, und zur selben Zeit hat Pland — ohne Bezug auf Bismarck — in seinem nachgelassenen „Testament eines Deutschen“ (1880)†) die Frage der berufsständischen Volksvertretung systematisch erörtert und den kühnen, heute so zeitgemäßen Bau seines reinen Berufsstaates aufgeführt. Pland gehört zu den tragischen Gestalten des deutschen Geisteslebens. Auf der Höhe der Macht des Bismarckschen Reiches sah er prophetisch die Katastrophe des Weltkriegs, den Völkerbund, den Berufsstaat voraus, erkannte er die soziale Frage in ihrer ganzen Schwere und Tiefe und rief Deutschland zu, sie zu lösen. Sein Ruf ist ungehört verhallt. Erst jetzt, „als die Zeit erfüllt ward“, entsinnt man sich seiner. Inzwischen sind andre — und zwar unbewußt — in seine Fußtapfen getreten. Allen voran der süddeutsche Volksschullehrer Ernst Krieck, der schon im Jahre der preussischen Wahlrechtsvorlage, in seinem klassischen Buche „Die deutsche Staatsidee“††), die Notwendigkeit einer

*) Nach Philipp Hördt, „Lat“ (Jena), April 1920, S. 60.

**) Bericht der 23. Kommission usw., S. 25.

***) 2. erweiterte Auflage unter dem Titel „Zwei Jahrzehnte deutscher Politik“ (1889)

†) Wergreifen. Eine auf die modernen Verhältnisse zugeschnittene, allgemeinverständliche Broschüre „Der Berufsstaat“ (Jena 1918) von der Tochter des Philosophen, Mathilde Pland, faßt die berufsständischen Gedanken ihres Vaters zusammen, ebenso ein Auszug von Pfarrer Umheid im Verlag der Naturwissenschaften in Leipzig unter dem Titel „Als die Zeit erfüllt ward“. Vgl. „Karl Christian Pland und die deutsche Aufgabe“ von Friedrich Schöll, Stuttgart 1919.

††) Jena 1920. Insbes. S. 190 ff.

berufsständischen Volksvertretung aus der geistigen und politischen Entwicklung Deutschlands in den letzten zwei Jahrhunderten mit zwingender Notwendigkeit nachwies. Und gleich nach dem Zusammenbruch folgte der Vorsitzende des Groß-Berliner Bürger-rats, Konsul S. M a r x, mit seiner glänzenden Broschüre „Das organische Staats-prinzip“*), die bei der zweiten Tagung des Reichsbürgerrats an alle Teilnehmer verteilt wurde. Es war das erstmal, daß nicht ein Gelehrter oder Politiker sondern ein Wirtschaftskenner das Postulat der Berufsparlamente erhob und in knapper, schlagender Form aus der Praxis heraus begründete. Und dann kam Oswald S p e n g - l e r, ein katholischer, süddeutscher Gelehrter, ein Denker von hohem Rufe, der in seiner Schrift „Preußentum und Sozialismus“**) den berufsständischen Gedanken in genialer, welthistorischer Perspektive durchführte.

Seitdem schießt der Kristall des Berufsparlaments von allen Seiten zusammen. Eine „Kammer der Arbeit“ forderte der Sozialist K a l i s k i, aber auch der Demokrat Bernhard in der „Vossischen Zeitung“. Der Rheinische Bauernbundführer Frhr. v. L o e erklärte auf dem Parteitag am 20. 1. 20, die Bauern seien gegen alle politischen Parteien, und er beantragte deshalb die Ergänzung der politischen Parlamente durch Wirtschaftsparlamente. Ebenso prägte der Führer der D.B.P., S t r e s e m a n n, das Wort von der Entpolitisierung der Wirtschaft und erklärte am 28. 1. in Frank-furt a. M.: „Die D.B.P. forderte die Mitwirkung einer Kammer der Arbeit bei der Erledigung der großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen, um diese von parteipolitischen fernzuhalten.“***) Hier ist es also eine ganze, durch die letzten Wahlen noch gestärkte Partei, die sich für die berufsständische Volksvertretung einsetzt. Das programmatische Bekenntnis des Vizepräsidenten des Reichsbürgerrats, Dr. M e y e r - A l b s b e r g, zum berufsständischen Gedanken habe ich bereits zu Anfang zitiert. In Zeitungen und Zeitschriften†), Broschüren, Reden und Parteiprogrammen wird der berufsständische Gedanke seitdem erörtert. Er ist aus der Theorie in die Welt der Praxis zurückgekehrt.

Nach alledem hätte es zu den ersten Aufgaben der Nationalversammlung gehört den Neubau des Reiches mit einem berufsständischen Parlament zu krönen. Aber sie beschäftigte sich über ihre Kompetenz hinaus mit Steuergesetzen und tausend anderen Dingen, kämpfte um ihr möglichst langes Dasein und begnügte sich mit einem Ver-fassungsnotbau, dessen Grundriß aus dem Jahre 1848 stammte und der nachträglich, unter dem Druck des Radikalismus und der Straße, sozialistische Einbauten (Betriebs-rätegesetz) und Löcher (Nebenregierung der Gewerkschaften) erhielt. Nur der Embryo eines Berufsparlaments wurde im Reichswirtschaftsrat (§ 165 der Reichsverfassung) vorgesehen, mit bewußter oder unbewußter Anlehnung an Bismarcks Volkswirt-

*) Jena 1919, Latflugschrift 30.

**) München 1920.

***) Vgl. auch die Rede des Generalsekretärs und Abgeordneten (D.B.P.) B ö g l e r am 14. 1. 20 in der Nationalversammlung. (Flugschriften der D.B.P. Nr. 2, „Die Organi-sation der Wirtschaft“).

†) Z. B. „Der körperschaftliche Gedanke“ von Max Hildebert B ö h m, Deutsche Rund-schau, August 1920, und mein Aufsatz „Reichswirtschaftsrat und berufsständische Ver-tretung“, ebenda, September 1920.

schaftsrat; aber dessen Zusammentritt erfolgte erst, nachdem sich die Nationalversammlung aufgelöst hatte und unfäglicher Schaden durch eine Reihe von Gesetzen (Steuer-gesetze usw.) gestiftet war, gegen deren Beschlußfassung der Reichswirtschaftsrat nicht mal seine warnende Stimme erheben konnte. Wohl noch schlimmer aber war die Ausschaltung der Sachverständigenurteile bei den Friedensverhandlungen von 1918/19. In Spaa ließ man die Sachverständigen zwar reden, handelte aber nicht nach ihrem Spruch, weil der Rückhalt im Parlament fehlte. Hätte man sich auf ein Oberhaus der Fachleute stützen können, oder sich wenigstens auf dessen Vorform, den Reichswirtschaftsrat, gestützt, so wäre ein großer Teil der öffentlichen Meinung mitgegangen, und die Regierung hätte selbst Unstimmigkeiten mit dem Parlament nicht zu scheuen brauchen, um Deutschland vor unerträglichen Zumutungen zu bewahren.

*

So viel von Vergangenheit und Gegenwart. Richten wir nun den Blick in die Zukunft. Aus dem Embryo des Reichswirtschaftsrats wird ein Wickelkind werden, und das Wickelkind wird eines Tages aus seinen Wickeln herauswachsen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat (R.W.R.) hat nur beratende Stimme, keine politischen Befugnisse und Verantwortungen. Ihm ist die Rolle der Duma im Zarenreich zugebach; was der allmächtige Zar für die Duma war, das ist für den R.W.R. das politische Parlament. Die Gründe, weshalb beide in Ohnmacht gehalten werden, sind die gleichen. Kein Souverän gibt gern etwas von seiner Allmacht preis. Es ist freilich schon etwas, wenn er überhaupt Rat von Fachleuten annimmt, aber es ist nicht genug. Auch unsere Duma, der R.W.R., verlangt staatliche Rechte, Mitbestimmung, ja, die Entscheidung in allen Fragen, für die sie allein kompetent ist. Die entscheidende Macht der Wirtschaftsfragen und die tiefe Parteimüdigkeit, die unser Volk ergriffen hat, wird dieser Entwicklung günstig sein. Die Zukunft Deutschlands liegt nicht in der Meinherrschaft des Reichstags: darin ist man sich in allen Lagern klar. Darin hat selbst die U.S.V.D. recht, wenn sie erklärt, die „Diktatur des Proletariats“ sei nur außerhalb des Reichstags zu erreichen, obschon i h r e Klassenpolitische Verzerrung des berufsständischen Problems nur neue Wirren herbeiführen kann. Das Berufsparlament muß sich also aus dem Volkswillen heraus durchsetzen. Wie schon in einer der ersten Sitzungen des R.W.R. gesagt wurde, will er eine „Kammer der A r b e i t“, ein Parlament der T a t sein, keine „Schwatzbude“. Dazu aber bedarf er gesetzlich umschriebener Mitbestimmung. Gewiß, er ist Neuland, ein Sprung ins Dunkle, aber er ist nicht ohne „Vorgang“, um im Altenstil zu reden, und alle früheren Mißerfolge brauchen nicht zu schrecken, weil die Voraussetzungen des Gelingens größere geworden sind. Müssen wir diesen Sprung nicht wagen, wo so viel dazu drängt? Und haben wir seit 1918 nicht noch ganz andere, weit bedenklichere Sprünge ins Dunkle gemacht, als die Wiederaufnahme und das Weiterspinnen eines Gedankens der deutschen Seele?

Man hat gegen den R.W.R. oder gar gegen seinen berufsständischen Ausbau ferner eingewandt, er werde eine nackte wirtschaftliche Interessenvertretung ohne allgemein-politische Leitgedanken sein. Aber wo sind denn die allgemein-politischen

Leitgedanken der politischen Parteien in dem Gemisch von Parteipolitik und Wirtschaftsinteressen geblieben? Sie werden erst dann wieder in den politischen Parlamenten klarer hervortreten, wenn ihnen die souveräne Entscheidung aller Wirtschaftsfragen abgenommen ist. Selbst wenn der R.W.R. politische Mitbestimmung erhält, hat er doch nicht allein zu bestimmen. Es entstünde vielmehr ein Zweikammersystem, wie es alle parlamentarischen Verfassungen haben, im alten Athen und Rom so gut wie in den modernen Demokratien, ein Zweikammersystem, in dem die Rechte und Pflichten beider Körperschaften, des berufsständischen Oberhauses und des politischen Unterhauses, genau abgegrenzt sind und Konflikte zwischen beiden gesetzmäßig geschlichtet werden. Nur in Deutschland ist bisher das Oberhaus rudimentär geblieben: im alten Bundesrat wie im jetzigen Reichsrat. Das wahre deutsche Oberhaus ist aber das R.W.R., das Berufsparlament. Wie dieses sich mit dem Reichsrat auseinandersetzen soll, gehört nicht hierher. Sie können jedenfalls sehr wohl nebeneinander bestehen.

Ein parteipolitisch neutrales Oberhaus würde zugleich ein heilsames Gegengewicht gegen die einseitige Parteiherrschaft, die Herrschaft der Zahl bilden. Es würde einigend wirken, wo das Parteiparlament zerklüftet und verfeindet. Es würde auch die Interessenkämpfe auf ein erträgliches Maß reduzieren, würde die wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen, statt sie zu zersplittern. Der Einwand der Parteipolitiker, daß der unser Wirtschaftsleben zerklüftende Kampf im R.W.R. erst recht losgehen und in ihm seine öffentliche Abstempelung erfahren würde, scheint mir unbegreiflich. Auch die politischen Parlamente sind parteilich zerklüftet, ja unser ganzes Staatswesen ist verfassungsmäßig auf der gegenseitigen Zerkleinerung der politischen Parteien aufgebaut. Und doch findet sich stets eine Mehrheit, eine mittlere Linie zwischen den auseinanderstrebenden Kräften. Warum soll dies nicht erst recht in einem Parlament von Fachleuten möglich sein, die nicht auf wirtschaftliche oder politische Dogmen schwören und nicht auf die Wähler zu schielen brauchen? Der Ausgleich der Gegensätze wird hier sogar viel leichter sein; die wirtschaftlichen Kämpfe werden nicht verschärft, sondern gemildert werden.

Die Schwierigkeiten, die für den R.W.R. bestehen, liegen auch nicht hier, sondern in der Eifersucht des politischen Reichstages, besonders der Parteigrößen, und zweitens in den technischen Problemen seines Aufbaus. Was den ersten Punkt betrifft, so wird sich die Abgrenzung der Rechte zwischen Reichstag und Wirtschaftsparlament nur allmählich und unter Kämpfen vollziehen. Es gehört schon ein gutes Teil Selbstentsagung und höhere politische Einsicht dazu, um wie die D.W.P. geschlossen für ein Berufsparlament einzutreten. Bei den anderen Parteien wird es teils noch eines starken und dauernden Drucks auf die öffentliche Meinung bedürfen, um ihnen klar zu machen, daß es in erster Linie nicht auf die Souveränität der jeweiligen Reichstagsmehrheit, sondern auf den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands ankommt, den das politische Parlament allein nicht bewerkstelligen kann. In diesem Sinne hat u. a. schon der „Bund“, das Organ des Bürgerrats von Groß-Berlin gewirkt; hier erblüht aber vor allem dem Reichsbürger eine große, dankbare Aufgabe. Er kann dazu beitragen, daß die berufsständische Forderung Gemeingut wird, kann einen Mittelpunkt

für die berufsständische Agitation bilden, an die sich die Anhänger des berufsständischen Gedankens in allen Lagern, allen Parteien ankrystallisieren. Er kann zum treibenden Faktor im Kampf um die berufsständischen Rechte werden, und er wird damit Deutschland einen unvergänglichen Dienst leisten.

Selbst die politischen Parteien werden schließlich einsehen, daß sie mit einem Teilverzicht auf ihre Souveränität gut fahren und daß es gut ist, einen solchen wirtschaftlichen Berater zu haben. Ist ihnen erst einmal die alleinige Verantwortung für die Wirtschaftsfragen abgebürdet, so werden sie selbst aufatmen und sich wieder mehr auf ihre politischen Ideale besinnen, die sie zusammengeführt haben. Sie werden sich mehr mit Kulturfragen befassen und die Weltanschauungskämpfe ausfechten, die neben den wirtschaftlichen entbrannt sind, ohne sich mit ihnen zu decken. Sie werden schließlich Kontrollorgane des öffentlichen Lebens, Ventile der öffentlichen Meinung, Barometer der Volksstimmung bleiben, als die sie ursprünglich gedacht waren. Damit wird das ganze öffentliche Leben eine wesentliche Klärung und Gesundung erfahren. Die Verquickung wirtschaftlicher und politischer Fragen wird aufhören, und mit ihr der trostlose Dilettantismus und die Gesezmacherei der Nichtfachleute. Ganz Deutschland wird aufatmen und gesunden.

Die zweite Schwierigkeit ist die des inneren Aufbaus des R.W.R. Die Grundlinien scheinen durch den jetzigen Entwurf ja gegeben. Er besagt nichts anderes als die Ausstattung der zahlreichen, bisher privatrechtlichen Wirtschafts- und Berufsverbände mit öffentlichen Rechten, zunächst und vor allem mit dem Präsentationsrecht, zu dem das Berufsrecht des Reichsrats tritt. Es gibt Politiker, die von dieser Zuteilung öffentlicher Rechte an Privatverbände nichts wissen wollen. Sie möchten den R.W.R. lediglich aus den schon bestehenden oder noch zu bildenden öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, den Landwirtschafts-, Handels- und Arbeiterkammern aufbauen. Ihnen scheinen die zahllosen privaten Korporationen nicht erfassbar, der Ausgleich ihrer Ansprüche undurchführbar, Reibereien, Zurücksetzungen und Eifersüchteleien unvermeidlich, die Frage der Macht- und Stimmenverteilung unlösbar. So wenig ich den Ernst solcher Einwände verkenne, so scheinen mir die Vertreter dieses Standpunktes doch völlig zu verkennen, daß die ganze deutsche Wirtschaft elementar zur Macht drängt und daß sich diese hoch differenzierte Wirtschaft nicht mehr in das einfache dreiteilige Schema der alten Steinschen Berufsvertretung pressen läßt. Zudem vertritt ja auch der Regierungsentwurf den gegenteiligen Standpunkt, wie die bisherigen Berufungen beweisen. Die Väter des Entwurfs hielten jene Schwierigkeiten also nicht für unlösbar. Das Maß des Einflusses der einzelnen Verbände läßt sich doch gut demokratisch nach der Stimmenzahl festsetzen, wie bei den politischen Parteien, welches Wahlrecht man auch immer zugrunde lege. Es handelt sich daher nur um eine Frage organisatorischer Technik, die sich zweifellos lösen läßt. Und der Vorteil ist ungeheuer. Zum erstenmal tritt das altgermanische Genossenschaftsprinzip wieder in voller Macht in die politische Sphäre. Das ganze, organisch gegliederte wirtschaftliche Deutschland mit der Fülle seiner praktischen Erfahrungen, bisher nur das Aschenbrödel der Politik, gewinnt bestimmenden Einfluß auf das öffentliche Leben. Es wacht über das Werk seiner eignen Hände, weiß, wo der Schuh drückt, kennt die Mittel zur Abhilfe und kann sie anwenden.

Und nun noch ein Blick von einer höheren Warte. Ich betonte schon das *organische Prinzip* dieser Einrichtung — ein heilsames Gegengewicht gegen das mechanische der Parteipolitik. Was sind die politischen Parteien anders als mechanische Additionen des Volkswillens aus Millionen von Atomen oder „Stimmen“, die durch keine inneren Bindungen zusammengehalten werden? Millionen von Wählern stimmen heute für diese, morgen für jene Partei; der Beruf aber, dem jemand angehört, bleibt; in ihm ist er verwurzelt. Auch die politischen Abgeordneten sind nur zum Teil öffentlich bekannte Persönlichkeiten und erprobte Vertrauensleute. Die andern — ja, die heben sich selbst auf den Schild oder werden von einer Partei auf die Liste gesetzt und von ihr gestrichen. Diese *Anonymität* der Abgeordneten ist durch das neue Wahlgesetz (Reichsliste!) noch verstärkt, die persönliche Fühlung zwischen Wählern und Gewählten, das Vertrauensverhältnis noch mehr in Frage gestellt. Wie anders im Berufsparlament! Die Korporation präsentiert ihre Vertrauensleute, Männer (und hoffentlich auch Frauen), die in ihrem Beruf angesehen und bekannt, mit ihm verwurzelt sind, die in steter Wechselwirkung mit dem Berufsgenossen stehen. So wird dem mechanischen, fluktuierenden Prinzip der Volksvertretung ein organisches, stabiles entgegengesetzt. Das prägt sich auch schon äußerlich in der ruhigen Form des Zusammentritts aus; keine verheerende Wahlagitatio, sondern Präsentation und Berufung. Ein solches berufsständisches Oberhaus macht uns die ganze Welt nicht nach. Oder vielmehr, sie wird versuchen, es uns nachzumachen. Dann wird Deutschland — trotz des verlorenen Krieges — wieder in der Welt voran sein und zum politischen Vorbild Europas werden. Sich selbst aber wird es aus der heutigen Not erlösen.

Noch ein Schlußwort. Man muß über berechtigtem Optimismus auch die Gefahren nicht übersehen. Das Wirtschaftsparlament soll unparteipolitisch sein. Wird es diese Bedingung erfüllen? Neuerdings sind parteipolitische Stimmen laut geworden, die das bezweifeln. Begreiflich ist's ja, daß eingefleischte Parteipolitiker den künftigen Konkurrenten scheel ansehen und schon im Embryo den Todeskeim entdecken. Aber man soll alle Einwände prüfen. Die „Kreuzzeitung“, die im berufsständischen Gedanken doch eigentlich das Erbgut des Freiherrn vom Stein sehen sollte, schrieb am 14. 6.: „Wir haben schon bei der Bildung des R.W.R. gesehen, wie schwer es ist, zu einer Einigung über die Ansprüche der verschiedenen Wirtschaftsgruppen zu gelangen. Das Entscheidende dabei ist aber, daß diese Organisationen bereits *großenteils politisiert* sind. Die freien Gewerkschaften z. B. fühlen sich durchaus als sozialdemokratische Körperschaften.“ Und das Blatt hielt es für unwahrscheinlich, daß diese Körperschaften sich mit neutralen Wirtschaftsvertretern an einen Tisch setzen werden (was inzwischen trotzdem geschehen ist!). Diesem Bedenken schloß sich das „Berliner Tageblatt“ vollauf an, — ein seltenes Schauspiel. Und an seinem linken Arm hing die unabhängige „Freiheit“. Hier hatten wir also endlich einmal die *Einheitsfront von Westarp bis Crispian* — nur leider gegen das Berufsparlament, gegen den organischen Staatsgedanken! Das Bedenken selbst ist freilich nicht von der Hand zu weisen. Aber guter Wille erörtert Schwierigkeiten nicht, um einer werdenden Sache das Todesurteil zu sprechen, sondern um der Schwierigkeiten Herr zu werden. So sagte — noch vor seiner Wahl zum Präsidenten des R.W.R. —

der Unterstaatssekretär Ritter v. **V r a u n**: „Der R.W.R. ist schon in statu nascendi so politisch verseucht worden, daß es straffster Selbstzucht der werdenden Körperschaft bedürfen wird, um diesen Geburtsfehler nach und nach zu überwinden.“ Ein Beispiel dieser „Verseuchung“ möge zur Erklärung dienen. Vor kurzem haben die Genossen **Däumig** und **Malzahn** in einer Konferenz der „revolutionären Betriebsräte Mitteldeutschlands“ in Halle eine Erklärung durchgesetzt, die die Zusammenarbeit dieser Betriebsräte mit den Gewerkschaften, den Klassenkampf, den schärfsten Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften, — kurz, die politische Radikalisierung dieser wirtschaftlichen Körperschaften fordert. Aber das sind doch nur die Radikalen, die verbissenen und verbohrteten Verneiner und Doktrinäre. Gerade aus sozialdemokratischen Kreisen, von geistigen Führern wie **K a l i s k i**, erschallt der Ruf nach einer „Kammer der Arbeit“, oder ein Mahnruf wie der von **Paul L e n s c h**: „Was wird aus der deutschen Arbeiterbewegung? Partei oder Gewerkschaft?“ Die Antwort lautet: „**G e w e r k s c h a f t**, Hebung der Produktion. Nicht gegen das Unternehmertum, sondern mit dem Unternehmertum, selbstredend unter voller Wahrung der Arbeiterinteressen. Fort mit den abgestorbenen Kräften, den toten Schlagworten und veralteten Vorstellungen. Laßt die Toten ihre Toten begraben!“ Mit solchen Männern, mögen sie politisch stehen, wo sie wollen, kann, ja muß das Bürgertum sich zu gemeinsamer Arbeit an einen Verhandlungstisch setzen. Über der sachlichen Lösung wirtschaftlicher Fragen wird man die abgestorbenen Schlagworte und die politische Verhegung vergessen, wird das deutsche Volk zu gegenseitiger Achtung und Verständnis, zum inneren Frieden und zum Wiederaufbau kommen. Und dazu brauchen wir die Berufsparlamente. Ob eine spätere Zeit die politischen Parlamente ganz durch die Berufsparlamente ersetzen und, wie es der Freiherr vom Stein und Christian Pland wollten, eine Reinkultur des germanischen Staatsgedankens schaffen wird, das ist eine cura posterior, über die wir uns heute noch nicht den Kopf zu zerbrechen brauchen. Unsere Pflicht ist auch hier — nach Goethes Wort — die Forderung des Tages!

Im gleichen Verlage erschien:

Antisemitismus?

Eine unparteiische Prüfung des Problems

von

Friedrich von Oppeln-Bronikowski

6. — 35. Tausend

Ladenpreis 6 Mk.

Dazu der ortsübliche Teuerungszuschlag

Ihre Broschüre über den Antisemitismus habe ich mit großem Vergnügen und herzlichem Beifall gelesen. Und nur wer Juden als Deutsche anerkennt, hat ein Recht, gewisse Deutsche nicht als Deutsche anzuerkennen. Im übrigen hat mich Ihre Schrift in der Überzeugung befestigt, daß einem gebildeten, nicht reaktionären, geistbegabten Konservatismus die politische Zukunft gehört.

Thomas Mann

Ihre Schrift ist ein wahres Reinigungsbad in einer stickig und dunstig gewordenen Atmosphäre, wie alles, was in dieser Verlogenheit, Feigheit und Hege nach Gerechtigkeit, Wahrheit und Klarheit drängt. Es ist in der Tat eine Leistung, dies heiße Eisen in der Mitte anzufassen, und es gehört Mut dazu.

Ernst Krieck

Wir teilen den Standpunkt des Herrn v. Oppeln-Bronikowski, der gerade das „Berliner Tageblatt“ wieder und wieder angreift, weder im allgemeinen, noch in allen Einzelheiten. Sein ernstes Bestreben, zu einem gerechten Urteil zu kommen, verdient die Anerkennung auch des Gegners.

Berliner Tageblatt

Die Schrift macht uns den Eindruck eines starken und ehrlichen Willens zur Objektivität und Versöhnlichkeit.

Deutsche Tageszeitung

Es ist selbstverständlich, daß der konservative Politiker — und mag er ein noch so ehrlicher Wahrheitsfucher sein — von seiner Grundanschauung aus die Dinge mitunter anders betrachtet als etwa ein Demokrat. Aber in der Frage des Antisemitismus sind seine Ansichten doch im allgemeinen so vorurteilslos und so gut begründet, daß man ihnen auch vom demokratischen Standpunkt aus zustimmen kann. Vor gelegentlichen Irrtümern abgesehen, bringt die Schrift so viel wertvolles Material bei, daß sie jedem, der sein Wissen nicht nur aus antisemitischen Flugblättern und Zeitungsartikeln schöpfen will, aufs wärmste empfohlen werden kann.

Dftseezeitung

25 Jahre Geschichte auf 160 Seiten!

Ein Vierteljahrhundert

Weltgeschichte

1894—1919

Von Professor Dr. Hans F. Helmolt

Nulla dies sine linea! Kein Tag ohne Enthüllungen, Rechtfertigungen, Erwiderungen, Anklagen, Vernehmungen! Auch der politisch-historisch interessierte Laie findet sich in diesem Wirrwarr nicht mehr zurecht. Was hat als überholt und widerlegt, was als überraschende und willkommene Bereicherung unseres lückenhaften Wissens zu gelten? Diese Frage sucht der namhafte Historiker und Herausgeber der nach ihm benannten Weltgeschichte in dem vorliegenden kleinen Buche zu beantworten. Es will nichts anderes sein, als

ein handlicher, mit Hilfe des Registers rasch Auskunft gebender Zeitsfaden,

in dem der Verfasser die geschichtlichen Hauptlinien der letzten fünfundzwanzig Jahre so objektiv wie möglich herauszuarbeiten bemüht war. Hat man sich dies feste Gerüst der jüngsten Vergangenheit auch nur einigermaßen angeeignet, so macht es keine sonderlichen Schwierigkeiten mehr, das Neue einzuordnen oder Änderungen anzubringen. Man ist im Gegenteil erstaunt zu sehen, wie gering im Verhältnis zu dem Stimmanswande, mit dem sich tausendundeine „Erinnerung“ anzukündigen pflegt, der wirklich greifbare Ertrag ausfällt, wenn es sich darum handelt, den von der Spreu gesonderten Weizen in die Scheuern der Weltgeschichte zu bergen.

Der besondere Reiz dieses Buches besteht darin, daß es die eben erst erlebten Dinge schon von der Warte des leidenschaftslos berichtenden Geschichtsschreibers sieht

Ladenpreis 8 Mark

Dazu ein Verleger-Teuerungszuschlag von 50 % sowie der ortsübliche Sortimenter-Teuerungszuschlag

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17-18

Das beste Buch zur Schuldfrage

Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch

Von B. W. von Bülow

Dieser objektive Kommentar zu den „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch“ ist von einem wirklich berufenen Fachmann, nicht von einem der heute so zahlreichen „Sachverständigen“ geschrieben. Das Buch gibt ein klares und jederman verständliches Bild des diplomatischen Verlaufes der Krisis, die zum Weltkrieg führte. Obwohl es alle bekannten amtlichen Urkunden berücksichtigt, stellt es doch in erster Linie einen Führer durch die verwirrende Materialsfülle des neuen deutschen Weißbuches dar, das von Kautsky, Montgelas und Schöcking herausgegeben wurde. Bisher wurden die politischen Vorgänge bei Ausbruch des Krieges fast ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der Schuld einzelner Personen oder Regierungen erörtert. Die Frage der diplomatischen Zusammenhänge ist nur recht ungenügend behandelt, ja, bei dem Versuch, den politischen Gegner zu belasten, sehr häufig verfälscht worden. Gerade zur Beurteilung der Frage der Verantwortlichkeit ist aber eine richtige Erkenntnis des Ineinandergreifens der verschiedenen diplomatischen Aktionen in den kritischen 13 Julitagen unerlässlich. Aus ihnen allein vermag man das Wollen der verantwortlichen Staatsmänner zu erkennen und zu ermessen, ob und wie weit sie sich schuldig gemacht haben. In dieser Schrift werden die Fragen des Willens zum Kriege in den einzelnen Ländern, des Defensiv- und Präventivkrieges, eingehend erörtert. Das Schicksal der verschiedenen Vermittlungsvorschläge, ihr zeitlicher und örtlicher Verlauf, wird reiflos aufgeklärt. Vor allem aber wird gezeigt, was an den diplomatischen Verhandlungen wesentlich und bedeutungsvoll war und was nur als Beiwerk anzusehen ist. Die Darstellung klärt die Zwangsläufigkeit der meisten politischen Geschehnisse auf und weist die Grenzen nach, die dem bewußten Handeln der Regierenden gezogen sind. In einem Schlußwort wird die Frage der Verantwortlichkeit der deutschen Staatsmänner vor dem Ausland in einen Gegensatz zu ihrer Verantwortlichkeit vor dem eigenen Volke gestellt, eine Unterscheidung, auf die im Zeitalter des Versailler Friedens besonders hingewiesen werden muß!

Ein sachliches Gegenstück zu Kautskys parteipolitischem Pamphlet!

Ladenpreis 8 Mark

Dazu der ortsübliche Steuerzuschlag

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17-18

Die Geschichte der Friedensverhandlungen

Erste Reihe: Compiègne, Spa, Trier, Brüssel und Luxemburg **Materialien, betreff. die Waffenstillstandsverhandlungen**

Amtl. Text / Autorisierte Ausgabe / Acht Teile

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none">1. Teil: Das Ende des Weltkrieges.2. Teil: Die Verlängerungen des Waffenstillstandes.3. Teil: Die finanziellen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages.4. Teil: Die Vereinbarung über die Lieferung von Lebensmitteln und ihre „Erfüllung“ durch die Entente.5. Teil: Das Luxemburger Abkommen vom 25. Dezember 1918. | <ol style="list-style-type: none">6. Teil: Die Rückgabe von Maschinen und Material an Belgien und Frankreich.7. Teil: Der Durchzug der polnischen Armee Haller durch deutsches Gebiet.8. Teil: Die Deutsche Waffenstillstandskommission. Bericht über ihre Tätigkeit vom Abschluß des Waffenstillstandes bis zum Austritt des Friedens. |
|---|---|

Zweite Reihe: Versailles

Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen

Amtl. Text / Autorisierte Ausgabe / Dreizehn Teile

- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none">1. und 2. Teil: Der Notenkampf um den Frieden in Versailles.3. Teil: Die deutschen Gegenvorschläge zu den Friedensverhandlungen der alliierten und assoziierten Mächte.4. Teil: Mantelnote und Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die deutschen Gegenvorschläge, einschließlich des Abkommens über die besetzten Gebiete.5. Teil: Zusammenstellung der von den alliierten und assoziierten Regierungen infolge der deutschen Gegenvorschläge vorgenommenen Änderungen des ursprünglichen Wortlautes der Friedensbedingungen.6. Teil: Das deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege.7. Teil: Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten. | <p>Ausgabe in drei Sprachen (deutsch-französisch-englisch).</p> <ol style="list-style-type: none">8. Teil: Der Friedensvertrag. Amtliche deutsche Uebersetzung.9. Teil: Der Notenwechsel von der Uebersendung des Ultimatus der alliierten und assoziierten Mächte bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.10. Teil: Vollständiges Sachverzeichnis zum Friedensvertrage. <ol style="list-style-type: none">1. Beiheft: Die amtlichen Karten zum Friedensvertrage.2. Beiheft: Die Pariser Völkerbundakte und die Gegenvorschläge der deutschen Regierung.3. Beiheft: Die Vereinbarung, betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande. In drei Sprachen. |
|--|--|

Die „Materialien, betreffend die Waffenstillstandsverhandlungen“ umfassen den ganzen Verlauf der Verhandlungen, von der Uebersendung der feindlichen Bedingungen an bis zum völligen Abschluß der Arbeiten der „Waso“. Die ersten Hefte enthalten die weltgeschichtlich höchst bedeutsamen Mitteilungen der zwischen dem damaligen Staatssekretär Erzberger und Marschall Foch sowie den beiderseitigen Mitarbeitern geführten Verhandlungen über den Waffenstillstand und die verschiedenen Fristverlängerungen. Es folgen die Berichte über die Beratungen der Finanz-, Lebensmittel-, Schifffahrts- usw. Kommissionen. Der letzte Band enthält die offizielle Ausgabe des Schlußberichtes über die gesamte Tätigkeit der „Waso“ im Laufe ihrer Wirksamkeit.

Die „Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen“ enthalten das gesamte gedruckte Material, das sich aus den in Versailles zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten geführten schriftlichen Verhandlungen ergab, dazu einige notwendige Ergänzungen, sämtliche Teile in den endgültigen amtlichen Texten.

Beide Sammlungen stellen die einzig existierende vollständige Zusammenstellung aller dieser Aktenstücke und Berichte dar und bilden im Zusammenhange eine vollständige Geschichte der Verhandlungen, die den Weltkrieg beendeten.

Die jeweils gültigen Ladenpreise nennen die Buchhandlungen. Auf Wunsch erteilt der Verlag selbst jede Auskunft. / Ueber die einzelnen Gruppen der Verlagserscheinungen sehen Sonderprospekte zur Verfügung.

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
Berlin W 8 / Unter den Linden 17-18

Die „Schuldfrage“, der Hebel zur Revision des Friedensvertrages

Das amtliche Aktenmaterial

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen / Im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von Graf Max Montgelas und Professor Dr. Walther Schücking / Ladenpreis: 4 Bände 34 M.

In Vorbereitung:

**Die deutschen Dokumente zur Geschichte des
Wilhelminischen Zeitalters (1887—1914)**

Herausgegeben von Professor Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy,
Dr. Johannes Lepsius und Dr. Friedrich Thimme / Ungefähr 15 Bände

**Das deutsche Weißbuch
über die Schuld am Kriege**

mit der Denkschrift der deutschen
Viererkommission zum Schuldbericht
der Alliierten und Assoziierten Mächte
Autorisierte Ausgabe
Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

**Am Scheidewege zwischen
Krieg und Frieden**

Meine letzten Verhandlungen in St.
Petersburg, Ende Juli 1914. Von Graf
Pourtales, ehem. Deutscher Votschafter
in St. Petersburg / Veröffentlicht mit
Genehmigung des Auswärtigen Amtes

Der Kommentar des besten Sachkenners

**Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen
bei Kriegsausbruch**

Von B. W. von Bülow, ehem. Legationssekretär u. Archivar im Auswärt. Amt

Gegen Karl Kautskys Grünbuch!

Glossen zum Kautsky-Buch

Von Graf Max Montgelas
Mit einem Anhang: Die französisch-
russische Militärkonvention

Kautsky der Historiker

Kautskys „Grünbuch“ im Lichte der „Kautsky-Akten“
Eine kritische Untersuchung von
Professor Dr. Hans F. Helmolt

Der Standpunkt der Pazifisten

**Achter deutscher
Pazifistentongreß**

Einberufen von der Deutschen
Friedensgesellschaft und der Zen-
tralstelle Völkerrecht / Berlin, 12.
bis 15. Juni 1919 / Verhandlungs-
bericht mit wörtlicher Wiedergabe
aller gehaltenen Reden

Gewalt und Gedanke

Eine Untersuchung über
deutsche Kriegsschuld und
Sühne

Von Dr. M. Kronenberg

**Wider den Aufruf
der 93!**

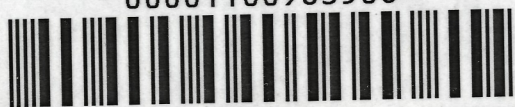
Das Ergebnis einer Rundfrage
an die 93 Intellektuellen über
die Kriegsschuld

Von Dr. Hans Wehberg

Die jeweils gültigen Ladenpreise nennen die Buchhandlungen / Auf Wunsch erteilt der Verlag selbst
jede Auskunft / über die einzelnen Gruppen der Verlagserscheinungen stehen Sonderprospekte zur Verfügung

Universitätsbibliothek der HU Berlin

00001100983506



www.books2ebooks.eu